

#LÄNDERSACHE

luxemburgreport

WAHL ZUM ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2747-9617 · Redaktionsschluss: Juli 2021

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

#LÄNDERSACHE ANALYSE, DOKUMENTATION UND DISKUSSION DER POLITIK IN DEN LÄNDERN

Landespolitische Themen, Strukturen und Prozesse stehen im Fokus der Analysenreihe #Ländersache. Landtagswahlen sind immer auch Kristallisationspunkte politischer Debatten, Entwicklungen und Entscheidungen. Deswegen blicken wir im Vorfeld dieser Wahlen auf Herausforderungen und politische Chancen auf Landesebene. Wir bieten einen komprimierten und fundierten Überblick über die politische Lage vor Ort, die relevanten politischen Kräfte und Akteure innerhalb und außerhalb der Parlamente, die jüngere politische Geschichte der Region, wichtige Themen und zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzungen.

Wir erkunden Veränderungs- und Gestaltungspotenzial sowie Chancen progressiver Mehrheiten – in den Parlamenten, Institutionen und in der Gesellschaft. Neben den Fragen von Tagespolitik machen wir uns aber auch auf die Suche nach Antworten, ob, wann und wie auf der Ebene der Landespolitik die Frage sozialistischer Transformation auf die Tagesordnung gesetzt werden kann – verstanden als Versuch, relevante gesellschaftliche Bereiche aus der kapitalistischen Verwertung zu lösen und demokratisch mitzugestalten.

Eine der Voraussetzungen, um Politik und Gesellschaft vor Ort verstehen, erklären und auch verändern zu können, ist Wissen – über Themen, Strukturen, Entscheidungswege und Verwaltungspraxen. Auf dieser Grundlage lässt sich eine Theorie progressiver Veränderung von Gesellschaft entwickeln und die Debatte darüber mit Akteur*innen aus Verbänden, Initiativen, Wissenschaft und Politik führen. Theorie und Wissen sollen auch zur verändernden Praxis ermutigen und befähigen. #Ländersache heißt daher: praxisnahe politische Bildung entlang politischer Prozesse, Strukturen und Themen in Institutionen und in der Gesellschaft.

PAUL DZIEDZIC

WAHL ZUM ABGEORDNETEN- HAUS VON BERLIN

POLITISCHES FAZIT

- Aus der Arbeit des 2016 gebildeten Berliner Senats aus den drei Parteien SPD, DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen zu lernen heißt unter anderem, die positiven Veränderungen der letzten Jahre nachhaltig zu schützen. Das bedeutet, nicht nur rechtliche Mechanismen dafür zu entwickeln, die Erfolge langfristig zu sichern, sondern auch «rote Linien» zu diskutieren, falls das Errungene künftig infrage gestellt werden sollte.
- Zu einer Bilanz der Regierungsarbeit gehört es auch zu analysieren, ob der Senat bisher bis an seine Kompetenzgrenzen auf Länderebene gegangen ist und wie diese Grenzen, die oft der Bund setzt, ausgeweitet werden können. Der Berliner Mietendeckel war ein Beispiel dafür, Spielräume für linke Politik offensiv auszuloten. In Zukunft dürften sich die Konflikte zwischen einer rot-rot-grünen Landesregierung und der Bundespolitik zuspitzen. Das ist aber auch eine politische Chance, um die Diskurse um das politisch Machbare auf Bundesebene zu beeinflussen.
- Am Berliner Wohnungsmarkt oder in der Gesundheitspolitik zeigt sich, dass in der Gesellschaft großes Interesse daran besteht, privatisierte öffentliche Daseinsvorsorge wieder Markt- und Profitinteressen zu entziehen. Auf diesen Feldern steht in Berlin ein hartes politisches Tauziehen bevor.
- Die zahlreichen progressiven und nicht-parlamentarischen Akteure in Berlin brauchen künftig mehr als Ansprechpartner*innen im Senat. Es braucht eine zuverlässige politische Partnerschaft unterschiedlicher Akteure in ihren jeweiligen Funktionen und Rollen.

Am 26. September 2021 werden in Berlin viele wichtige Entscheidungen getroffen, denn an diesem Tag finden nicht nur die Bundestags-, die Abgeordnetenhaus- und die Bezirkswahlen statt, vielmehr steht auch der Volksentscheid zur Enteignung großer Immobilienkonzerne zur Abstimmung.

POLITISCHE AUSGANGSLAGE

Länger als jede andere Partei ist die Berliner SPD zuletzt in Regierungsverantwortung gewesen. In den letzten Jahrzehnten war sie im Berliner Abgeordnetenhaus, dem Landesparlament, an jeder Regierung beteiligt. Politisch lässt sich die Zeit seit 1990 in drei Phasen einteilen: Die *erste* Phase nach der Wende war durch die Koalition aus CDU und SPD, durch den Wegfall wichtiger Bundesmittel und die Einführung von Marktmechanismen in der öffentlichen Versorgung geprägt. Wendepunkt war hier das Jahr des Berliner Bankenskandals 2001 rund um die Bankgesellschaft Berlin: Die korrupt geführte Landesbank musste nach dem Aufdecken ihrer schlechten finanziellen Lage mit erheblicher staatlicher Hilfe gerettet werden. Abgestraft wurde dafür vor allem die CDU, sodass die SPD anschließend eine Koalition mit der PDS einging. Die *zweite* Phase mit einem rot-roten Senat aus SPD und PDS/DIE LINKE zwischen 2002 und 2011 war infolgedessen von weitreichenden Haushaltskürzungen und Umstrukturierungen gekennzeichnet, die die Stadt immer noch prägen.¹ Gleichzeitig formierten sich sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments Widerstand und soziale Bewegungen, die bis heute den neoliberalen Zeitgeist bekämpfen. Während sich ab 2005 die PDS und die neu gegründete Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative (WASG) auf eine Fusion vorbereiteten, eskalierte zwischen den Landesverbänden in Berlin ein besonderer Streit: Für die Abgeordnetenhauswahlen 2006 weigerte sich die WASG aufgrund des von der PDS mitgetragenen Sparkurses, mit ihr gemeinsam anzutreten. Die PDS verlor erheblich an Stimmen und erreichte bei der Abgeordnetenhauswahl nur 13 Prozent. Das reichte jedoch weiterhin für einen rot-roten Senat. Bei der Wahl 2011 verloren sowohl die SPD als auch DIE LINKE nochmals an Stimmen und

¹ Eine selbstkritische Auswertung der rot-roten Regierungszeit hat mit Blick auf Erfolge, Fehler und Chancen der damalige Bürgermeister von Berlin und Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Harald Wolf, im Jahr 2016 vorgelegt, vgl. Wolf, Harald: Rot-Rot in Berlin 2002 bis 2011 – eine (selbst-)kritische Bilanz, Hamburg 2016.

konnten nach fast zehn Jahren nicht mehr zusammen weiterregieren. Die SPD trat, als regierende Partei, in eine Große Koalition mit der CDU ein, obwohl es rechnerisch auch für ein rot-grünes Bündnis gereicht hätte. Die Wahl von 2016 läutete eine *dritte* Phase ein. Die Parteien rückten im Hinblick auf die Stimmenanteile rechnerisch enger zusammen: Die SPD verlor weiter Stimmen und kam nur noch auf 21 Prozent, die CDU erzielte mit 17 Prozent ihr bisher schlechtestes Ergebnis in Berlin. Damit landeten die Konservativen nur knapp vor den Grünen und der Linkspartei mit jeweils 15 Prozent. Die AfD zog erstmals mit 14 Prozent ins Abgeordnetenhaus ein. Es folgte die Zeit der ersten rot-rot-grünen Koalition in Berlin und einer entspannteren Finanzlage des Landes. Für die Zeit nach den Wahlen im Herbst 2021 stehen die rechnerischen und politischen Chancen auf eine Fortführung von Rot-Rot-Grün gut.

SOZIOÖKONOMISCHE AUSGANGSLAGE

Heute leben in Berlin 3,7 Millionen Menschen. Über die letzten Jahrzehnte hat die Stadt eine große Sogwirkung entfaltet: Verließen Mitte der 1990er Jahre jährlich zwischen 5.000 und 30.000 mehr Menschen die Stadt als dazukamen, hat sich dieser Trend seit der Jahrtausendwende umgekehrt. Von 2011 bis zur Pandemie 2020 zogen jährlich 40.000 Menschen mehr in die Hauptstadt als wegzogen.² Es sind vor allem Menschen im erwerbstätigen Alter, die nach Berlin kommen – so hat die Stadt im vergangenen Jahrzehnt entgegen dem Bundestrend eine Verjüngung erlebt.

Über die letzten sieben Jahre stieg Berlins Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Jahr stärker an als im Bundesdurchschnitt. Seit 2020 gehört auch das Pro-Kopf-BIP zu einem der höchsten in Deutschland.³ Motor dieser Entwicklung war vor allem der Dienstleistungssektor. Berlin ist zudem zum wichtigsten europäischen Ziel für Risikokapital geworden, was für mehr Gründungen sorgt, die mehr prekäre Jobs nach sich ziehen. Das Wirtschaftswachstum wird aufgrund der Pandemie vermutlich zum Halten kommen.

2 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Statistischer Bericht, Bevölkerung in Berlin 2020, unter: www.statistik-berlin-brandenburg.de/bevoelkerung.

3 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe: Wirtschaftsleistung, unter: www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/konjunktur-und-statistik/wirtschaftsdaten/wirtschaftsleistung/.

ERGEBNISSE DER WAHLEN ZUM ABGEORDNETENHAUS SEIT 1990

DIE
SPD CDU Grüne LINKE FDP AfD Andere
21,6% 17,6% 15,2% 15,6% 6,7% 14,2% 9,1%



DIE
SPD CDU Grüne LINKE FDP Piraten
28,3% 23,3% 17,6% 11,7% 1,8% 8,9%



Linkspartei.
SPD CDU Grüne PDS WASG FDP
30,8% 21,3% 13,1% 13,4% 2,9% 7,6%



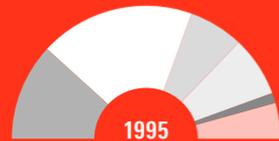
SPD CDU Grüne PDS FDP Andere
29,7% 23,8% 9,1% 22,6% 9,9% 4,9%



SPD CDU Grüne PDS FDP Andere
22,4% 40,8% 9,9% 17,7% 2,2% 7,0%



SPD CDU Grüne PDS FDP Andere
23,6% 37,4% 13,2% 14,6% 2,5% 8,7%



SPD CDU Grüne PDS FDP Andere
30,4% 40,4% 9,4% 9,2% 7,1% 3,5%



Nach der Wende entzog der Bund der Stadt in relativ kurzer Zeit die spezielle finanzielle Unterstützung, die Westberlin zuvor jahrzehntelang erhalten hatte. Damit war der Stadtstaat auf sich allein gestellt. Aufgrund der Folgen des Bankenskandals und der Ausbreitung neoliberaler Ideen wie der vom «schlanken Staat» bis weit in sozialdemokratische Kreise hinein sparte der rot-rote Senat viele öffentliche Dienstleistungen ein und trieb die Privatisierung öffentlicher Gesellschaften voran. Im Verlauf des letzten Jahrzehnts hat Berlin mit – im Verhältnis zum europäischen und deutschen Standard – günstigen Immobilien und einem «liberalisierten» Arbeitsmarkt viele Investoren angezogen. Das wirkte sich auch auf den Berliner Haushalt aus, dessen Neuverschuldung über die letzten Jahre kleiner wurde, eine Entwicklung, die sich jedoch infolge der Corona-Pandemie wieder umkehren könnte.⁴

In Berlin sind zwei Millionen Menschen erwerbstätig. Nach wie vor ist der größte Arbeitgeber im Land der öffentliche Sektor, in dem fast 40 Prozent der Beschäftigten angestellt sind. Weitere 50 Prozent arbeiten im Dienstleistungssektor und lediglich sechs Prozent im produzierenden Gewerbe und vier Prozent im Baugewerbe. Nur 47 Prozent der Arbeitsplätze in Berlin sind tarifgebunden, was im Bundesvergleich (54 Prozent) niedrig ist.⁵ Zudem hat die Stadt einen relativ großen Niedriglohnsektor, in dem 24 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten (Bundesvergleich: 21,2 Prozent). Die Arbeitslosigkeit spielt ebenfalls eine große Rolle: Rund 192.000 Menschen bzw. 9,7 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter im Land sind arbeitslos. Im bundesweiten Vergleich ist die Arbeitslosigkeit in Berlin damit nach Bremen die höchste. Laut einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands für das Jahr 2020 ist jede fünfte Person in der Stadt armutsgefährdet. Fast 20 Prozent der Menschen leben also von weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens. Die Armutsquote hat in Berlin von 2006 bis 2009 um 13 Prozent zugenommen. Im bundesweiten Vergleich sind nur drei Länder noch stärker von Armut betroffen.⁶

4 Ebd.

5 Lübker, Malte/Schulten, Thorsten: Tarifbindung in den Bundesländern: Entwicklungslinien und Auswirkungen auf die Beschäftigten, hrsg. vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2019.

6 Der Paritätische Gesamtverband: Gegen Armut hilft Geld. Der Paritätische Armutsbericht 2020, Berlin 2020, unter: www.der-paritaetische.de/themen/sozialpolitik-arbeit-und-europa/armut-und-grundsicherung/armutsbericht/.

Während Berlin also nicht nur als kreative und weltoffene Stadt, sondern auch als Wirtschaftswunder gefeiert wird, bleibt es eine gespaltene Metropole, deren Entwicklung für viele Menschen keine Verbesserungen gebracht hat, ganz im Gegenteil: Die verschärfte Lage auf dem Wohnungsmarkt, die Ausweitung von Gig-Economy und die Zunahme prekärer Start-up-Jobs oder ausgelagerter Arbeitsverhältnisse (auch bei kommunalen Gesellschaften) – das alles trägt dazu bei, dass soziale Gerechtigkeit und ökonomische Themen bei Wahlen eine wichtige Rolle spielen.

THEMEN

Die Folgen der Kürzungs- und Privatisierungsmaßnahmen unter der Großen Koalition in den 1990er Jahren und des darauffolgenden rot-roten Senats sind noch bis heute spürbar, zum Beispiel beim Wohnen, bei der Gesundheitsversorgung, im Bildungsbereich oder in der Arbeitswelt. Die Pandemie dürfte dort bestehende Probleme noch verstärken.

Bundesweit hat das Land in den letzten Jahren vor allem beim Thema Wohnen für Schlagzeilen gesorgt. Der Wohnraum ist knapp, die Mieten steigen und damit auch die Unzufriedenheit. In den 1990er Jahren waren fast 40 Prozent der Wohnungen im Osten des Landes in öffentlicher Hand, im Westen waren es 24 Prozent. Schon unmittelbar nach der Wende begann der Senat mit dem Verkauf öffentlicher Wohnungsbau-Gesellschaften und einzelner Bestände. Nach dem Berliner Bankenskandal nahmen die Verkäufe der öffentlichen Gesellschaften erst richtig an Fahrt auf. Von den einst 480.000 Wohnungen in öffentlicher Hand waren zwischenzeitlich nur noch knapp 260.000 übrig. In Erinnerung geblieben ist vor allem der Verkauf der GSW mit einem Bestand von 66.000 Wohnungen, weil sich an diesem Beispiel eindrücklich zeigt, was heute das Problem ist: Die GSW-Bestände verkaufte der rot-rote Senat 2004 unter Federführung des damaligen Finanzsenators Thilo Sarrazin für rund 405 Millionen Euro. Mittlerweile gehört ein Großteil dieser Wohnungen der Deutsche Wohnen AG und die Bestände sind über sieben Milliarden Euro wert. Dementsprechend schwer fällt es Land und Bezirken, die Bestände zurückzukaufen.⁷ Gleichzeitig erhöht sich der Druck auf die Ein-

7 Reeh, Martin: Alles auf Anfang, in: die tageszeitung, 3.2.2019, unter: <https://taz.de/Wohnungspolitik-linker-Parteien!/5566897/>.

kommen, die mit der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt nicht mithalten können.

Privatisiert wurde, insbesondere in den 2000er Jahren, auch die öffentliche Gesundheitsversorgung. Vor allem die zwei großen Krankenhausesellschaften, Charité und Vivantes, wurden so umstrukturiert, dass Marktmechanismen stärker greifen konnten. Über Tochterfirmen gliederten die Gesellschaften alle nicht-medizinischen und nicht-pflegenahen Dienstleistungen aus.

Ein weiteres wichtiges Thema in der Hauptstadt ist der Verkehr. Die drei derzeitigen Koalitionsparteien haben unterschiedliche Vorstellungen von dem Wandel, der vor allem aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes erfolgen muss. Die Linke möchte einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vorantreiben, während Bündnis90/Die Grünen mehr auf Elektromobilität und Radwegeausbau setzen. Die SPD, die sich vom «Kulturkampf» um das Auto, wie er in bürgerlichen Medien geführt wird, beeinflussen lässt, zögert.

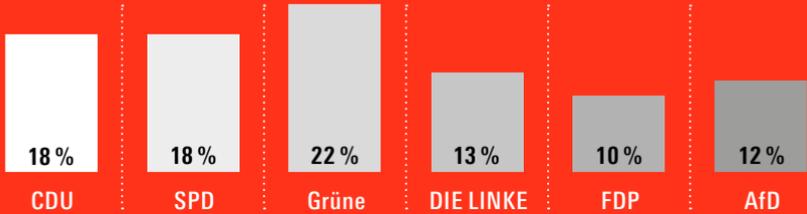
Zuletzt spielten auch die Defizite im Bildungsbereich immer wieder eine wichtige Rolle. Besonders hervorzuheben sind die mangelnde Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, die Ungleichverteilung der Ressourcen in unterschiedlichen Bezirken und der seit Jahren andauernde Lehrermangel. Zwischen 2016 und 2019 streikten deshalb Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen und Erzieher*innen für bessere Löhne. Denn diese waren nicht am Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) orientiert und lagen damit unter jenen in anderen Bundesländern.⁸ Hinzu kommt, dass neben dem Fehlen von Erzieher*innen große Teile der Kita-Infrastruktur in den 2000er Jahren privatisiert wurden, auch hier um den Haushalt zu entlasten, zudem gab es Ausgliederungen, beispielsweise bei der Reinigung.

Im Zuge der Corona-Pandemie verschärfen sich auch in Berlin all diese bereits zuvor bestehenden Probleme: Die Anzahl der Menschen in Arbeitslosigkeit stieg von 152.000 (7,8 Prozent) auf 192.000 (9,7 Prozent), das BIP fiel um sechs Prozent, weil von der Pandemie vor allem der

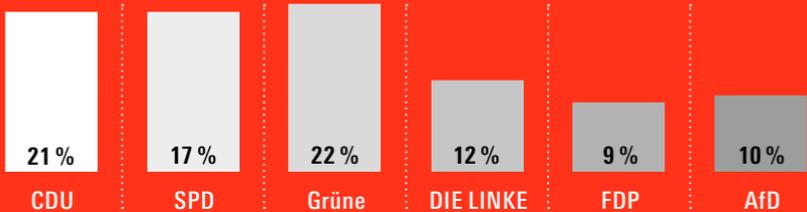
8 Vieth-Entus, Susanne: Was die Einigung im Tarifstreit für Berlin bedeutet, in: Der Tagesspiegel, 4.3.2019, unter: www.tagesspiegel.de/berlin/oeffentlicher-dienst-was-die-einigung-im-tarifstreit-fuer-berlin-bedeutet/24059838.html.

LETZTE UMFRAGEWERTE

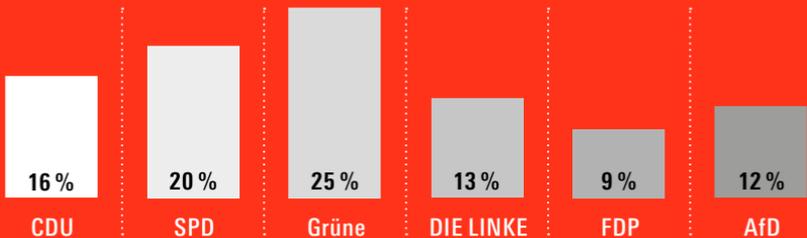
24. Juni 2021 (INSA)



16. Juni 2021 (Infratest dimap)



18. Mai 2021 (INSA)



in Berlin wichtige Dienstleistungssektor betroffen war. Der Senat stellte Mittel zur Rettung von Unternehmen und für Soloselbstständige zur Verfügung.

AUSSERPARLAMENTARISCHE AKTEURE

In Berlin sind linke und progressive außerparlamentarische Kräfte stets präsent. Infolge des rot-roten Kürzungssenats der 2000er Jahre formierten sie sich vor allem um die Themen Wohnen, Gesundheit und Bildung. Weiterhin gibt es auch zahlreiche Initiativen in den Bereichen Kultur, Antirassismus/Antifaschismus und Umweltschutz. Sie alle haben, teils erfolgreich, über das letzte Jahrzehnt Druck auf die Landespolitik ausgeübt.

Proteste, Bewegungen und Initiativen rund um die Stadtplanung und das Wohnungswesen sind in den letzten Jahren aufgrund der steigenden Miet- und Immobilienpreise, die die Verdrängung von Menschen, Kleingewerbe und Kultureinrichtungen zur Folge haben, immer lauter geworden. So gibt es Initiativen zum Erhalt von Kiezen, ihrer heterogenen Bevölkerung und dem Kleingewerbe, spezifische Kampagnen gegen die Erhöhung der Mietpreise bei öffentlichen Wohnungen und Sozialwohnungen, Kampagnen wie die gegen den Verkauf und die Bebauung weiter Teile des Spreeufers («Mediaspree») oder die erfolgreiche Zurückdrängung des Tech-Giganten Google aus Kreuzberg. Bewegungen und Zivilgesellschaft veranlassten, dass die Stadt die Online-Plattform zur Vermietung von Wohnungen, Airbnb, vorerst stoppen und dann regulieren konnte. Bündnisse wie «Zwangsräumung verhindern» konnten regelmäßig bis zu 1.000 Menschen gegen die Räumung einzelner Mieter*innen mobilisieren. Mieter*innen von Wohnungen großer Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen haben sich über die Jahre auch gegen unzumutbare Wohnverhältnisse organisiert, regelmäßig tun sich Bewohner*innen von Häusern zusammen, um von den Bezirken zu fordern, von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen und den Verkauf an private Immobilienfirmen zugunsten gemeinnütziger Träger zu veranlassen.

Diese heterogenen außerparlamentarischen Akteure kommen oftmals auch zusammen. Ein erfolgreiches Instrument für solche Bündnisse ist das Volksbegehren. So setzte sich 2014 die Initiative «100% Tempelhofer Feld» in einem Volksentscheid gegen die Bebauung des ehemaligen Flughafens Tempelhofer Feld mit Wohnungen im hohen Preissegment durch.

Die Motivationen im Bündnis waren zwar unterschiedlich, doch zusammen zeigte die Initiative dem Senat Grenzen auf und bescheinigte ihm in Sachen Stadtpolitik eine mangelhafte Arbeit. Vor ungefähr vier Jahren entstand schließlich die Idee, Berlins größte Immobilienunternehmen zu enteignen und Tausende Wohnungen zu vergesellschaften. Unter anderem wegen des so erzeugten Drucks schmiedete der rot-rot-grüne Senat ein Mietendeckelgesetz, das jedoch im Frühjahr 2021 vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt wurde: Dabei urteilten die Richter*innen nicht über den Inhalt des Gesetzes, sondern lediglich über die Befugnis des Landes, ein solches Gesetz zu erlassen – damit hat sich das Thema Mietendeckel auf die Bundesebene verschoben. In Berlin fokussierte sich die Debatte indes auf das Enteignungsvolksbegehren: Die Initiative «Deutsche Wohnen & Co. enteignen» schaffte es zuletzt, über 300.000 Unterschriften zu sammeln, damit das Volksbegehren stattfinden kann. Die Initiator*innen erhoffen sich die Vergesellschaftung von über 200.000 Wohnungen.⁹ Am 26. September braucht die Beschlussvorlage beim Volksentscheid nicht nur eine Mehrheit der Ja-Stimmen, sondern auch die Teilnahme eines Viertels aller Stimmberechtigten (613.000 Stimmen), damit sie erfolgreich ist. Angesichts der Tatsache, dass am gleichen Tag auch Bundestags-, Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahlen stattfinden, könnte dieses Quorum erreicht werden. Die SPD-Führung spricht sich gegen Enteignungen aus, Bündnis90/Die Grünen können sie sich unter Umständen vorstellen, DIE LINKE unterstützt das Anliegen des Volksbegehrens: Sollte es erfolgreich sein und der rot-rot-grüne Senat fortgesetzt werden, dürften hier größere Konflikte auf das Regierungsbündnis zukommen.

Unter der Privatisierungs- und Kürzungswelle der 2000er Jahre leidet bis heute auch das Berliner Gesundheitssystem. Während private Firmen Gewinne machen, kämpfen die öffentlichen Einrichtungen darum, die Qualität der Versorgung aufrechtzuerhalten, die nun – vor allem nach der Einführung des Fallpauschalensystems durch den Bund – ebenfalls den Marktmechanismen unterworfen ist. Die zwei öffentlichen Kliniken, Vivantes und Charité, gliederten anschließend, teils mithilfe privater Unternehmen, nicht-medizinische und nicht-pflegenaher Dienstleistungen aus, um Lohnkosten zu sparen. Nach langen Arbeitskämpfen und einer Schlich-

9 Deutsche Wohnen & Co. enteignen: Wie Berlin dem Mietenwahnsinn ein Ende bereitet, unter: www.dwenteignen.de/.

tung mit den Beschäftigten der wieder eingegliederten Charité-Tochterfirma CFM ist das TVöD-Niveau nicht erreicht worden, auch wenn die Löhne stiegen.¹⁰ Auch die Pflegekräfte kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen, und das begann schon vor der Corona-Krise. Die bundesweite Einführung der Fallpauschalen, die Diagnosen und Behandlung nach einem Preiskatalog rationalisierten, sorgte bei den öffentlichen Kliniken für Preis- und bei den Angestellten für mehr Arbeitsdruck, weil sich weniger Pflegende um mehr Patient*innen kümmern müssen. Um all diese Kämpfe zusammenzubringen, rief die neu aufgestellte «Krankenhausbewegung» Politik und Klinikleitungen dazu auf, Lösungen zu präsentieren. Andernfalls drohen sie für Ende August 2021 mit weiteren Streiks, sicherlich auch, um im Wahlkampf den Druck auf die Regierungsparteien zu erhöhen.

Im Kampf gegen Rassismus hat sich im letzten Jahr etwas bewegt. Das beschlossene Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) 2020 und das neue Polizeigesetz stehen im Kontrast zu den Trends in anderen Bundesländern. Unter dem neuen Polizeigesetz wurden die anlasslosen Kontrollen an kriminalitätsbelasteten Orten als Norm abgeschafft, weil sie der rassistischen Praxis des Racial Profiling Vorschub leistet. Mit dem LAG hat das Land das erste Gesetz dieser Art in Deutschland geschaffen, ein Vorbild, dem auch andere Länder, unter anderem Thüringen, folgen wollen.¹¹ Das Gesetz soll die Menschen in Berlin vor Diskriminierung seitens der Behörden schützen. Obwohl das Gesetz noch neu ist, gingen innerhalb eines Jahres schon über 300 Beschwerden ein.¹² Diese Maßnahmen sind in vielerlei Hinsicht das Ergebnis der jahrelangen Arbeit antirassistischer Initiativen. Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen in Berlin und andernorts fordern schon seit Langem einen Schutz vor institutionellem Rassismus.

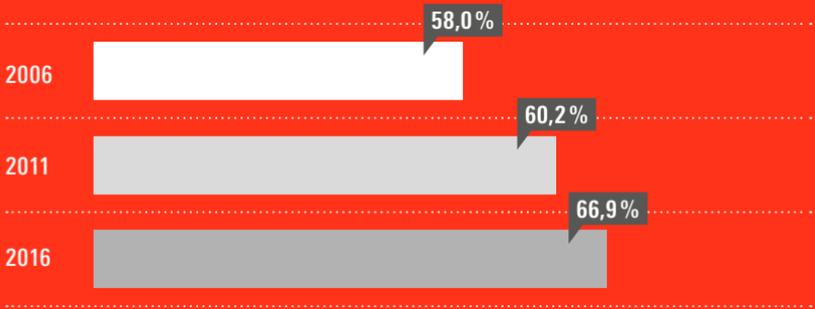
Im zurückliegenden Jahrzehnt waren zudem viele Geflüchteten-Selbstorganisationen aktiv. Höhepunkt bildeten die bundesweiten Proteste zwischen 2012 und 2014. In Berlin konzentrierten sich die Proteste vor allem

10 Ver.di: Pressemitteilung vom 22.4.2021, unter: <https://bb.verdi.de/presse/pressemitteilung/++co++d99943cc-a33c-11eb-a445-001a4a16012a>.

11 Mediendienst Integration: Ziehen andere Bundesländer beim LADG nach?, 8.6.2021, unter: <https://mediendienst-integration.de/artikel/ziehen-andere-bundeslaender-beim-ladg-nach.html>.

12 Der Spiegel: Fast 300 Beschwerden gegen Behörden wegen Diskriminierung, 7.5.2021, unter: www.spiegel.de/panorama/anti-diskriminierungs-gesetz-in-berlin-fast-300-beschwerden-gegen-beho-rden-wegen-diskriminierung-a-28473447-1cbc-4896-a942-c0f9d6be7f69.

WAHLBETEILIGUNG



Quelle: www.statistik-berlin-brandenburg.de/abgeordnetenhauswahlen

in Kreuzberg. Doch während es in dieser Zeit viele Demonstrationen, Blockaden und andere Solidaritätsaktionen von Berliner*innen gab, forcierten die Regierungsparteien einen Diskurswechsel, der die Proteste zum Sicherheitsproblem deklarierte. Seit 2016 versucht sich der Senat zumindest rhetorisch in progressiverer Einwanderungspolitik. Als die deutsche Öffentlichkeit 2020 vom Brand im Aufnahmelager Moria in Griechenland erfuhr, bemühte sich Berlin, Geflüchtete aus dem Camp aufzunehmen. Doch Bundesinnenminister Horst Seehofer blockierte, wogegen der Senat Klage einreichte.

Gleichzeitig berichteten mehrere Organisationen, unter ihnen der Flüchtlingsrat Berlin, das Berliner Netzwerk für besonders Schutzbedürftige und Seebrücke Berlin, in einer Pressemitteilung im Dezember 2020, dass das Landesamt für Einwanderung auf Abschreckung setze. Gerade minderjährige Geflüchtete, so heißt es, würden von der Behörde eingeschüchtert werden. Beschrieben wird der Fall eines neunjährigen unbegleiteten Kindes, das aus Moria nach Berlin gekommen war und dem die Behörde mit der Abschiebung drohte.¹³ Dabei hatte der rot-rot-grüne Koalitionsvertrag

¹³ Flüchtlingsrat Berlin: Pressemitteilung vom 1.12.2020, unter: <https://fluechtlingsrat-berlin.de/presseerklaerung/01-12-2020-ausreiseaufforderung-und-abschiebungsandrohung-fuer-unbegleitetes-9-jaehriges-kind-aus-moria/>.

einen «Paradigmenwechsel» versprochen, indem stärker auf «freiwillige Rückkehr» als auf Abschiebungen gesetzt werden sollte. Doch allein 2017 schob das Land Berlin über 1.500 Menschen ab – 2015 waren es 800.

WAHLKAMPF

Derzeit sind die Umfrageergebnisse für die drei regierenden Parteien recht gut, obwohl der SPD droht, dass sie weitere Stimmen verlieren. Laut Umfragen bleibt DIE LINKE auf einem ähnlichen Niveau wie 2016, während sich Bündnis90/Die Grünen derzeit über ein Umfragehoch freuen können. Das heißt, dass eine Fortführung der Koalition rechnerisch möglich wäre, wobei die Grünen die Führung übernehmen. Nach derzeitigen Umfragen sind allerdings auch andere Konstellationen möglich: eine «Kenia-Koalition» aus Grünen, CDU und SPD, eine «Ampel-Koalition» aus Grünen, FDP und SPD oder ein «Jamaika-Bündnis» aus Grünen, CDU und FDP. Sowohl Grüne als auch SPD halten sich mit Koalitionsaussagen zurück. Insbesondere dann, wenn sie als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgehen sollten, hätten die Grünen mehrere Optionen: Sie könnten sowohl bei Rot-Rot-Grün als auch in einer «Ampel-» und «Kenia-Koalition» stärkste Kraft werden. Doch in Sachen Umwelt- und Verkehrspolitik liegen die Parteien dieser beiden Bündnisoptionen weit auseinander. Zur Umsetzung ihrer programmatischen Ziele wäre es für die Grünen einfacher, die bisherigen Projekte mit Rot-Rot-Grün fortzuführen. Für DIE LINKE ist die jetzige Koalition die einzige Regierungsoption, auch für die kommenden Jahre.

Die SPD kämpft auch in Berlin seit Jahrzehnten mit einem Abwärtstrend. Die Partei hofft mit der Aufstellung der ehemaligen Bundesfamilienministerin und Bezirksbürgermeisterin von Neukölln, Franziska Giffey, auf den «Promi»-Faktor bei der Wahl. Wie alle Parteien müssen sich die Sozialdemokrat*innen trotz des Scheiterns des Mietendeckels weiterhin zum Thema Wohnen positionieren. Die SPD-Führung hat bereits mehrfach deutlich gemacht, dass sie gegen die Initiative zur Enteignung großer Wohnungskonzerne ist. Laut Wahlprogramm zielt die Partei auf ein Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Wohnungen von 30 zu 70 Prozent, was kaum über dem Anteil öffentlicher Wohnungen in den 1990er Jahren liegt. Beim Thema Gesundheit bleiben die Sozialdemokrat*innen, wie auch die anderen Parteien, recht vage. Zwar versprechen sie «gleiche Löhne für gleiche Arbeit», doch diese Versprechen waren schon Teil des letzten Koalitionsvertrags. Mit Giffey fließt auch das Thema innere Sicherheit stärker

in den Wahlkampf ein. Die Sozialdemokratin hatte mit ihrer Law-and-Order-Linie in ihrer Zeit als Bezirksbürgermeisterin von Neukölln in den bürgerlichen Medien viel Aufmerksamkeit erlangt.

Bündnis90/Die Grünen stellen im Wahlkampf den Klimaschutz in den Mittelpunkt. So soll die Stadt bis 2035 klimaneutral werden, ein Ziel, dessen Umsetzung mit Änderungen im Verkehrswesen und beim Wohnungsbau verbunden ist. Bei der Verkehrswende setzen die Grünen auf den Ausbau der Radwege und des ÖPNV, wobei die Partei hier eher für den Ausbau von Tramstrecken plädiert und beim Ausbau der U-Bahn skeptischer ist als die SPD und die Partei DIE LINKE. Beim Thema Wohnen schlagen die Grünen vor, den gemeinwohlorientierten Wohnungsbau zu fördern. Die Akteure sollen sich zu «leistbaren Mieten für alle Schichten verpflichten» und der gemeinwohlorientierte Wohnungsbau soll 50 Prozent des Wohnungsbestands der Stadt einnehmen. Die Partei schlägt zwar einen Fonds für das Konzept vor, allerdings bleibt sie bei der Frage, wie viel investiert und bis wann das 50-Prozent-Ziel erreicht werden soll, vage. Zum Volksentscheid «Deutsche Wohnen & Co. enteignen» heißt es zwar, die Partei unterstütze die Ziele der Initiative, würde aber den Schritt zur Enteignung nur dann gehen, wenn die Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung nicht nachkämen. Was sie allerdings genau unter sozialer Verantwortung versteht, muss erst definiert werden.

DIE LINKE setzt in ihrem Wahlkampf auf Sozialpolitik. Ganz oben auf der Agenda steht das Thema Wohnen. Ähnlich wie bei den Grünen möchte die Linkspartei den Anteil des gemeinwohlorientierten Wohnungsbestands erhöhen, wenn auch das Instrumentarium hier zusätzlich auch Vergesellschaftung – also Enteignungen – enthält. Beim aktuellen Volksentscheid zum Thema Wohnen spricht die Partei ihre Unterstützung für die Initiative aus und hat generell Impulse von zivilgesellschaftlicher Seite in ihr Programm aufgenommen. Die Frage bleibt, was davon in einer möglichen neuen rot-rot-grünen Koalition umsetzbar sein wird. Personell setzt sie mit dem Bürgermeister sowie Kultur- und Europasenator Klaus Lederer auf eine in der Stadt bekannte Person an der Spitze.

DIE LINKE: «GEISTER» VERJAGEN

Die Folgen der Entscheidung der PDS, 2002 in die Koalition mit der SPD zu gehen, prägen das Land bis heute. Vor allem aber wird die DIE LINKE

selbst immer wieder von den «Geistern» der Vergangenheit heimgesucht. Nach der Abwahl der Regierung 2011 und dem Rückzug der Partei in die Opposition gab es zwar Zeit zu reflektieren, doch mit Blick auf die politischen Rahmenbedingungen hat sich nicht viel geändert: Denn Landespolitik ist in einer Reihe von Fragen nur so eigenständig, wie es die Regelungen der Bundesebene und die Politik der Bundesregierung zulassen.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen der aktuellen Legislaturperiode und der Zeit der rot-roten Senate zwischen 2002 und 2011 ist indes, dass der finanzielle Druck nachgelassen hat. Dem Land steht mehr Geld zur Verfügung – doch immer noch nicht genug, um zum Beispiel alle ausgegliederten Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge wieder zurück in staatliche Hand zu überführen. Marktwirtschaftliche Verteilungsmechanismen in Bereichen der Daseinsfürsorge belasten die Menschen in der Stadt, nicht zuletzt jene, die im Niedriglohnsektor arbeiten, keinen legalen Aufenthaltsstatus haben oder in Armut leben. Zu den politischen Feldern, die unter fehlenden finanziellen Mitteln leiden, gehören zum Beispiel Bildung, Gesundheit, Wohnen oder Arbeiten. Obwohl das Recht auf Teilhabe an diesen Ressourcen linker Konsens ist, fällt es bis heute schwer, dies in die strategischen Abwägungen und in das Ringen um Kompromisse in Koalitionen einfließen zu lassen.

In Teilen hat es von der Berliner Linkspartei selbstkritische Einschätzungen zu Versäumnissen und Fehlern in den ersten zehn Senatsjahren und den damaligen Sachzwängen gegeben. Ein Beispiel für die bundespolitischen Zwänge war die Absage finanzieller Hilfen vom Bund, die 2006 vom Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde.¹⁴ Die PDS/DIE LINKE verlor Mitte der 2000er Jahre entgegen dem Bundestrend Stimmen in Berlin und sah sich mit erstarkten sozialen Bewegungen auf der Straße konfrontiert. Diese richteten sich nicht nur gegen Großprojekte wie zum Beispiel das Bauprojekt «Mediaspree», sondern waren auch in täglichen Auseinandersetzungen bei Räumungen von besetzten Häusern oder Protesten gegen Abschiebungen aktiv. DIE LINKE hat allerdings durch ihr Programm, ihr Personal und ihre Verankerung in der Stadt das Potenzial, engere Kontakte als die anderen Parteien zu sozialen Bewegungen zu pflegen und gemeinsam gesellschaftliche Veränderung anzustoßen.

14 Zawatka-Gerlach, Ulrich: 19. Oktober 2006: Berlin allein zu Haus, in: Der Tagesspiegel, 19.10.2016, unter: www.tagesspiegel.de/berlin/keine-finanzhilfen-fuer-die-hauptstadt-19-oktober-2006-berlin-allein-zu-haus/14706052.html.

Eine Debatte zwischen der Partei und der Gesellschaft zu drei Aspekten, auf die sich soziale Bewegungen, Wähler*innen und die Menschen in Berlin verlassen können, wäre lohnend – gerade um die politischen Partnerschaften im fortschrittlichen Teil der Gesellschaft zu vertiefen:

Erstens könnten bereits vor Koalitionsverhandlungen gezogene programmatische «rote Linien» eine politische Versicherung für Wähler*innen, Beschäftigte und soziale Bewegungen für jene härteren Zeiten sein, in denen der wirtschaftliche Aufschwung wieder abebbt. Wenn bereits jetzt um jeden noch so kleinen Fortschritt in der Sozialpolitik mit SPD und Grünen hart gerungen werden muss, braucht es das Versprechen, dass DIE LINKE zum Beispiel keine Kürzungs- und Privatisierungspolitik mehr unterstützt.

Zweitens braucht es darüber hinaus Mechanismen zum langfristigen Schutz der bisherigen Errungenschaften. Beispiele dafür wären das gesetzliche Verbot des Verkaufs öffentlicher Wohnungsbestände oder die Einführung eines Mietendeckels bei den landeseigenen Wohnungsgesellschaften und bei Sozialwohnungen in privater Hand.

Drittens braucht es eine Klärung und offensive Versuche, wie der Handlungsradius der Länder gegenüber dem Bund ausgeweitet werden kann. Diese Frage stellte sich zum Beispiel beim Mietendeckel und sie wird sich auch im Falle eines erfolgreichen Volksentscheids zur Enteignung großer Wohnungsunternehmen sowie bei der Aufnahme und dem Schutz von Geflüchteten stellen. Hier hätte DIE LINKE politisch viel zu gewinnen und könnte sich auch auf das Mobilisierungspotenzial sozialer Bewegungen verlassen. Dass das funktioniert, zeigt die Kampagne zum aktuellen Volksentscheid, die direkt mit den Menschen kommuniziert und so die recht konservative regionale Presse umgeht: Trotz vieler negativer Schlagzeilen zur Wohnungspolitik zeigte eine Umfrage vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) und der *Berliner Morgenpost* im April 2021, dass die Berliner*innen unter den regierenden Parteien am ehesten der Linkspartei zutrauen, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.¹⁵

15 RBB: Immer mehr Berliner für Enteignung von Wohnungsgesellschaften, 29.4.2021, unter: www.rbb24.de/politik/wahl/abgeordnetenhaus/agh-2021/beitraege/berlintrend-april-2021-mietendeckel-umfrage-parteien.html.

Damit DIE LINKE ihre Vorhaben für Berlin umsetzen kann, wird sie – stärker als bisher – den Kompetenzspielraum des Landes gegenüber dem Bund austesten und ausweiten müssen, was sie in Konflikt mit der SPD und den Grünen bringen könnte. Gerade der Vorschlag zur Enteignung großer Wohnungskonzerne könnte zum Test werden.

ZUM AUTOR

Paul Dzedzic ist Redakteur der Zeitung *ak. analyse & kritik* und freier Journalist.

WWW.ROSALUX.DE

